

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Mittwoch, den 14. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Der moderne Rechtsstaat als Klassenstaat.

II.

Betrachten wir die Praxis des heutigen Staates, so fällt uns vor allen Dingen die ungleiche Behandlung auf, die die Arbeiter gegenüber den Angehörigen der anderen Bevölkerungsschichten genießen. Die Verwaltungsbehörden scheinen gar keine Ahnung davon zu haben, daß bei uns die Rechtsgleichheit aller Bürger offiziell existiert. Überall ist die Ansicht maßgebend, daß der Arbeiter minderen Rechts sei als die anderen Staatsbürger und daß er zufrieden sein müsse, wenn er überhaupt geduldet werde. Vergleichen wir nur, wie das Recht an den Straßen und öffentlichen Plätzen in der Praxis gehandhabt wird. Die Angehörigen der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Bevölkerungsschichten“ dürfen so viel Straßenumzüge machen wie sie wollen; sie stören weder den Verkehr, noch gefährden sie die Sicherheit des Staates. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die bürgerlichen Vereine mit lautem Tamtam durch die Straßen ziehen und sich als Herren der Straße anspielen, wollen aber die Arbeiter das gleiche tun und ebenfalls in geschlossenem Zuge ihrem Festlokal zuwandern, so tritt die Polizei hindernd dazwischen. Dann regnet es Verbote und Polizeistrafen, und die uraltesten, längst verschimmelten Gesetzesparagraphen werden herangezogen, um diese ungleiche Behandlung zu rechtfertigen. Anstatt offen zuzugeben, daß man von einer Rechtsgleichheit nichts wissen will, wendet man alle möglichen Kniffe und Pisse an; schier unerträglich ist die Rüstkammer, aus denen die Behörden ihre rostigen Waffen hervorzuholen, die das gleiche Recht der Arbeiter erschlagen sollen. Auch bei der Überwachung der Versammlungen tritt dies doppelte Maß, mit dem gemessen wird, deutlich zutage. Die Versammlungen der Kapitalisten werden nicht überwacht, höchstens erscheint ein höherer Beamter, der die Größe und Segenswünsche der Regierung überbringt; in den Versammlungen der Arbeiter thront eine Pickelhaube auf dem Podium, und die Ausführungen der Redner werden pflichtschuldigst zu Papier gebracht.

Besonders deutlich beobachten wir die Rechtsungleichheit auf dem Gebiete des Wahlrechts in Staat und Gemeinde. Durch allerlei Klauseln und Winkelzüge bringt man es fertig, die große Masse des Volkes von dem Mitbestimmungsrecht auszuschließen und speziell die Arbeiter zu entzweien. Man will eben nicht, daß die Arbeiter irgend einen nennenswerten Einfluß auf die Geschichte des Staates oder der Gemeinde haben sollen, und wo man dies nicht direkt und offen durch eine Beugung des Rechts fertig bringen kann, da sucht man es durch allerlei Schikanen und Hintertüren zu erreichen. Leuchtende Beispiele hierfür bieten die Wahlrechtsverschlechterungen in verschiedenen Staaten und Gemeinden, und auch die Verwaltungspraxis während eines Wahlkampfes zeigt uns, daß das Kaiserwort von der gleichen Behandlung der Arbeiter noch nirgends Befolgung gefunden hat. Nicht genug, daß man die Klassenfälschung bei der Wahl durchführt und das Wahlrecht an gewisse Vorrechte der Geburt oder des Besitzes knüpft, suchen die Behörden auch noch obendrein durch den ärgsten Terrorismus den Arbeitern das Wahlrecht illusorisch zu machen. Dieser behördliche Terrorismus, diese systematischen Versuche, das Ergebnis der Wahl in arbeitersindlichem Sinne zu fälschen und zu beeinflussen, sind zu bekannt, als daß wir noch nötig hätten, Beispiele anzuführen. Der Menschheit ganzer Jammer faßt uns an, wenn wir sehen müssen, wie die Behörden mancher Staaten und Gemeinden während der Wahlzeit mit dem gleichen Recht für alle Schindluder treiben.

In ganz hervorragender Weise macht sich der Eiertanz des Rechtsstaates und seiner Organe dann bemerkbar, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze in Frage kommen. Wir weisen da zunächst auf die behördliche Praxis gegenüber den Streikposten hin. Nach dem Gesetze haben die in einem Streik befindlichen Arbeiter das Recht, Posten auszustellen, die darauf achten sollen, daß zureisende Berufsgenossen von dem Bestehen des Streiks unterrichtet werden; sie haben das Recht, die Zutretenden über den Sachverhalt und die Streitpunkte aufzuklären und sie in ruhiger Tone aufzufordern, sich ihren streikenden Kollegen anzuschließen. Dieses theoretische Recht wird aber in der Praxis

regelmäßig zunichte gemacht, denn die Polizei weist die Streikposten einfach von der Straße und überschüttet sie obendrein mit Strafmandaten. Und hier zeigt sich wieder einmal recht deutlich, in welcher gewandter Weise sich die Behörden um die Klippen des bestehenden Rechts herumzubrühen verstehen. Sie verhaften und bestrafen die streikenden Arbeiter nicht, weil sie Streikposten stehen — Gott bewahre, dies Recht wird nicht angefaßt! —, sondern weil sie den Verkehr hindern. Wie genial ist dies erdacht! Da vielfach in der Nähe eines Betriebes, in dem gestreikt wird, ein ziemlicher Verkehr herrscht, so liegt die Befürchtung nahe, daß die dort patrouillierenden Streikposten diesen Verkehr stören; und wenn auch keine Spur eines Verkehrs oder einer Verkehrsstörung in der ganzen Gegend zu entdecken ist, es genügt, wenn der überwachende Polizist die subjektive Überzeugung hatte, daß der Verkehr gestört werden könne. Ein einziger Polizist macht also das ganze Recht auf Streikposten stehen illusorisch. Und darum liegt die Sache in der Praxis folgendermaßen: Die streikenden Arbeiter dürfen überall Streikposten ausstellen, am Nordpol, am Südpol, in der Wüste Sahara und auch auf dem Monde, nur nicht dort, wo gerade gestreikt wird. Gibt es wohl einen größeren Hohn auf die Rechtsgleichheit in einem Rechtsstaate?

Überhaupt während eines Streiks erstrahlt das gleiche Recht für alle im hellsten Lichte. Die streikenden Arbeiter werden wie Verbrecher und Aufrührer behandelt und müssen überall die harte Polizeifauft fühlen; man tut gerade, als ob das Streiken ein Verbrechen sei gegen die geheiligte Ordnung des Staates und gegen das unantastbare Ausbeutungsrecht des Kapitals, während doch in Wirklichkeit der moderne Rechtsstaat die Niederlegung der Arbeit, das Streiken, als eine berechtigte Waffe der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kämpfen ausdrücklich anerkannt hat. Aber was kümmert sich die Praxis der Behörde um diese schöne Theorie? In den Augen der Behörden sind die streikenden Arbeiter nun einmal Verbrecher, die hart angefaßt werden müssen, aber die Streikbrecher dürfen sich alles erlauben, sie sind die Herren der Situation. Dieses Gefühl, das die Justizhäuser und Raschemmen ausgespielt haben, wird von der Polizei verhätschelt und förmlich gestreichelt. Wie häufig liest man, daß die Herren Streikbrecher mit geladenen Revolvern herumlaufen und streikende Arbeiter einfach niederknallen, ohne daß ihnen selbst ein Haar gekrümmt wird! Aber darf uns das wundernehmen, wenn selbst die Staatsanwälte, die berufenen Vertreter des Rechtsstaates, die streikenden Arbeiter als „arbeitscheue Bummier“ bezeichnen, die „von den Streikgroßchen ein faules Leben führen“, und wenn sie andererseits die Streikbrecher preisen als „die ordnungsliebenden, staatsstreuen Elemente, die guten, sorgenden Familienväter, die fleißigen Arbeiter, die keine Lust haben, anderen Leuten auf der Tasche zu liegen.“ Ist es nicht noch in frischer Erinnerung, daß ein Breslauer Staatsanwalt die Äußerung tat, es gäbe keine Strafe, die hoch genug sei, um die Beleidigung eines Streikbrechers zu sühnen? Wo solche Anschauungen vertreten sind, da kann selbstverständlich von einer gleichen Behandlung im Sinne des geschriebenen Rechts keine Rede sein, da muß die Rechtspraxis die Rechtstheorie einfach ins Gesicht schlagen.

Wissen wir auch noch die Tätigkeit unserer Gerichte heranziehen? Gewiß, sie hüllen sich in den Mantel des Rechts und wahren krampfhaft den Schein; mit sittlicher Entrüstung weisen sie den Vorwurf der Klassenjustiz zurück. Welcher denkende Arbeiter aber, der das öffentliche Leben mit Interesse verfolgt, wäre nicht in der Lage, Duzende von Beispielen anzuführen, ohne sich lange bedenken zu müssen, die beweisen, daß die Gerichte unbewußt und instinktiv gegen die organisierten, um eine Hebung der Lebenslage kämpfenden Arbeiter Partei ergreifen? Und wenn, nach der Meinung des Senaer Rechtslehrers Richard Loening, das Recht nicht eine Sache des grübelnden Verstandes, sondern des Gefühls ist, und wenn deshalb das Recht mit dem Rechtsgefühl des Volkes übereinstimmen muß, so sind wir leider hiervon noch sehr weit entfernt. Heute steht das Recht mit dem Rechtsgefühl der bezugslosen Volksklasse im schreienden Widerspruch, und mag auch der moderne Staat noch so verzweifelte Anstrengungen machen, sich als Rechtsstaat auszuspielen, uns wird dieser Eiertanz nicht täuschen. Wir werden ihm immer von neuem wieder den Vorwurf entgegenschleudern, daß er ein Klassenstaat ist, und wir werden nicht ruhen und rasten, bis wir den Klassenstaat in einen Rechtsstaat umgewandelt haben.

Brutus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wo man sparen könnte.

Auf bedeutende Posten, die gespart werden könnten, verweist ein Blatt der gerade nicht regierenden Zentrums- partei, die „Köln. Volksztg.“. Sie bespricht die ostasiatischen Unternehmungen des Reichs, die mit der teuren weltpolitischen Ara inaugurieren wurden und auch heute noch eine schwere Last für den Reichshaushalt bilden. Das Pachtgebiet Kiautschou, welches sich für die deutsche Industrie und den deutschen Handel als nahezu wertlos erwiesen hat, dessen einzige lokale deutsche Industrie, die Kohlenminen der Schantungsgesellschaft liegen nicht im Pachtgebiet, eine Art Seiden- spinnerei vor kurzem verkrachte, oder doch in Liquidation treten mußte, hat bis jetzt schon weit über 100 Millionen Mark verschlungen, es belastet auch heute noch den Etat mit jährlich 10 bis 12 Millionen Mark, ohne die indirekten Ausgaben, welche durch dieses Pachtgebiet dem Reiche verursacht werden.

Ähnlich steht es mit der „ostasiatischen Expedition“, die auch nach Beendigung aller Feindseligkeiten noch weit über 60 Millionen verschlungen hat und nach wie vor schwere Lasten für die Reichsfinanzen bildet, obwohl bereits die meisten anderen Staaten ihre Expeditionen zurückgezogen oder auf eine einfache Gesandtschaftswache reduziert haben; Staaten, welche weit wichtigere politische und wirtschaftliche Interessen in China zu vertreten haben als Deutschland.

Zur Begründung der schweren Opfer, welche die deutschen Steuerzahler bereits für diese ostasiatische Weltpolitik bringen mußten, wird auf die wichtige kommerzielle Bedeutung Ostasiens für die deutsche Industrie hingewiesen, und ein „hervorragender Staatsmann“ redete noch vor kurzem davon: die großartige Entwicklung des deutschen Ausfuhrhandels nach Ostasien erfordere eine solche Machtentfaltung. In Wirklichkeit ist der deutsche Ausfuhrhandel nach Ostasien (abgesehen von demjenigen nach Japan, dem eine „Machtentfaltung“ nur schaden könnte), ständig im Rückgang, z. B. zeigen die deutschen Ausfuhrziffern nach China folgende Ergebnisse: 1905: 75 800 000 Mk., 1906: 67 800 000 Mk., 1907: 63 200 000; also stetiger Rückgang trotz der weltpolitischen Maßnahmen.

Die von dem Zentrumsblatt aufgemachte Rechnung wird schon stimmen. Aber es ist beizufügen, daß die kostspielige ostasiatische Politik in einer Zeit geboren wurde, da das Zentrum noch ausschlaggebenden Einfluß ausübte, so sehr, daß man damals den katholischen Missionss-bischof Anzer für den Urheber des unglücklichen Gedankens, Kiautschou zu pachten, hielt.

Einen wohlverdienten Zutritt

erhält der „Afrikaner“ Dr. Semler. In der in Swakopmund erscheinenden „Deutsch-Südwestafrikan. Zeitung“ lesen wir:

„Der Reichstagsabgeordnete Dr. Semler soll als Nachfolger Dr. Scharlachs in den Aufsichtsrat der Südkamerungesellschaft eintreten. Infolgedessen wird damit gerechnet, daß er sein Amt als Referent der Budgetkommission über den Kolonialetat niederlegt. Der erste Teil dieser Nachricht kann uns ziemlich gleichgültig sein, ihr zweiter Teil aber wird sicher hier mit Freuden begrüßt werden. Denn mögen auch sonst die wirtschaftlichen und politischen Ansichten in Südwestafrika weit auseinandergehen, in einem Punkte herrscht wohl volle Einmütigkeit, und das ist der Wunsch, daß Dr. Semler sich möglichst wenig um uns bekümmere und uns tunlichst in Ruhe lassen möge. Seine neunwöchentliche Spritztour durch unser Land, deren spärliche Ergebnisse dann in seinem Buche breit getreten sind, hat das Verlangen nach einem Wiedersehen mit ihm hier jedenfalls nicht gesteigert. Wenn Dr. Semler in seiner kolonialpolitischen Tätigkeit bisher noch verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet hat, so war dies nur dem Umstande zu verdanken, daß er bei allen Parteien im Reichstage, am meisten bei seiner eigenen, in hohem Maße unbeliebt ist.“

Da müssen die Südwestafrikaner mit Herrn Dr. Semler wohl eigenartige Erfahrungen gemacht haben.

80 Millionen aus der Nachlasssteuer.

Nach Blättermeldungen sollen die Bundesrats- ausschüsse in vergangener Woche die Nachlasssteuer genehmigt haben. Der Ertrag dieser Steuer soll auf 80 Millionen Mark jährlich veranschlagt sein. Die Nachlasssteuer ist insofern mit der Wehrsteuer verbunden, als die Nachlässe der Männer, die nicht im Heere gedient haben, einen Steuerzuschlag tragen sollen. Außerdem soll mit der

Die richtige Quelle

(Alle Artikel der Herren- und Knaben-Konfektion sind in reicher Auswahl vorrätig.)

für Herren-Anzüge . . . in den Preislagen von 9.50—35.00
 für Herren-Lodenjoppen 4.00—15.00
 für Herren-Winterpaletots 8.75—33.00
 für Herren-Buckskin-Hosen 2.75— 8.50

Otto Albers, 10 Kohlmarkt 10.
 Mitglied des Rabatt-Sparvereins „Lubeca“.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Krankspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, insbesondere dem Hafnarbeiterverband und dem Gesangverein „Eintracht“, sowie Herrn Pastor Legtmeyer für seine trostreichen Worte meinen innigsten Dank.

Frau A. Mohrmann.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Hochzeit danken herzlich

M. Huber nebst Frau,
 geb. Fied.

Ein Logis zu vermieten
 Reiferstraße 6, links, pt.

Ein freundl. Logis zu verm.
 Büchtingstraße 41, II.

Ein freundliches heizbares Logis zu vermieten
 Ludwigsstraße 31.

20 tüchtige Arbeiterinnen.
 August Schuhmacher,
 Ernestinensstraße 3.

Ein gut erhaltener Sitz- und Liegewagen zu verkaufen.
 Büchtingstr. 41, I.

Eine große Feldbude zu verkaufen (event. gegen Tausch von Kartoffeln).
 Chaiotstr. 6, III.

1 Herren- u. Damen-Fahrrad preiswert zu verkaufen.
 Schwartzauer Allee 82a, part.

Verkäufe Sonnabend und Sonntag:
Prima Lammfleisch
 (Marischämmer) für 65 Pfg. a Pfund.
 Johs. Rathmann, Schwartzauer,
 Auguststraße 14.

Eimerbier
 jeden Mittwoch abend bis 8 Uhr.
 Ed. Nickels, Wahnstraße 31.

Käse direkt vom **Lager**
 alle Sorten zu billigsten Preisen.
 Eine große Partie Süßter Fettkäse
 ca. 10000 Pfd., pro Pfd. 20 Pfg.
 Schlumacherstr. 12, auf der Diele.

Paul Rehder
 Möbelfabrik, Gundestraße 13
 empfiehlt
gute dauerhafte Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
 billigst.
 Elegante Schlafzimmer-Einrichtungen.

Soeben erschien:
Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages zu Nürnberg 1908 und der fünften Frauenkonferenz
 Preis broschiert 1.25 Mk.
 Leinen gebunden 1.75 Mk.
 Porto 30 Pfg.
 Die auf dem diesjährigen Parteitage gepflogenen Verhandlungen haben das weitgehendste Interesse erweckt. Aus den Verhandlungen heben wir hervor:
 Budget-Bewilligung. — Maifester. — Jugendorganisation. — Sozialpolitik und neuer Kurs. — Die Reichsfinanzreform.
 Ein umfassendes Sachregister, Sprechregister, sowie Jahaltsverzeichnis erleichtern das Nachschlagen.
 Zu beziehen durch die
Buchhandl. von Friedr. Meyer & Co.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
 Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
 Plakaten
 Broschüren
 Flugblättern
 Statuten
 Mitgliedskarten
 Eintrittskarten
 Programmen
 Festliedern.

Herstellung sämtlicher
 Buchdruckarbeiten
 in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
 Briefbogen
 Kouverts
 Rechnungen
 Quittungen
 Mitteilungen
 Adresskarten
 Zirkularen
 Visitenkarten.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft!**

Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!

Garantiert chlorfrei und unschädlich.

Millionenfach erprobt!

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**



Oeffentl. Dienstmädchen-Versammlung

am Donnerstag, den 15. Okt., abends 8 Uhr,
 im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50—52.

Frau Louise Zietz aus Hamburg spricht über das Thema:

Was erstreben die Dienstmädchen?

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Einberuferin.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Zellzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Geben rote Lubeca-Marken.

Bestbewährte gesunde und magerdankende Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.



Universum

Donnerstag, den 15. Oktober:
Großer Komödien-Abend.
 NB. Die ausgegebenen Freikarten haben Gültigkeit. 3 Komödien.
 L. Puls.

Panorama
 Breitestraße 53, I., im Flügel.
 Vom 11. bis 17. Oktober:
Wanderung durch d. malerische Salzkammergut.

Hansa-Theater
 Nur bis 15. Oktober:
John Barley
 als **Sherlok Holmes,**
 und das von Publikum und Presse glänzend beurteilte **Eröffnungs-Programm.**
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Schwartzauer und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Transvaal“.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1908.
 2. Die heutige wirtschaftliche Lage und die Verschmelzungsfrage.
 Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erwünscht.

Die Bevollmächtigten.
 Berichtigung z. Lombelziehung der Sachsenburger Liedertafel.

Statt 2023 ist zu setzen 2022. Statt 2996 ist zu setzen 2997. Nr. 125 wurde gezogen.
 Der Vorstand.

Stadthallen-Theater.

Freitag, den 16. Oktober 1908.
 Zum 1. Male.
Die gelbe Gefahr.
 Schwank von Curt Kraag.
 Durchschlagender Lacherfolg aller größeren Bühnen.
 Der Vorverkauf der Billets findet in den Zigarrenhandlungen von Friedrich Nagel, Markt 14, und Carl Rob, Mühlensstraße 19, statt. — Duzendkarten sind gleichfalls dort zu haben.

Neues Stadt-Theater

Kassen-Telephon Nr. 298.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr: Voll-Abonnem. 18.
 Donnerstag-Abonnem. 2.
Der Evangelimann.
 Oper von Wilhelm Kienzl.
 Freitag 7 Uhr: Voll-Abonnem. 14.
 Freitag-Abonnem. 3.
Lohengrin.
 Oper von Richard Wagner.

Dieser Beschluss fand ebenfalls die Zustimmung des...

Die Frauengattung hat uns neue Wege gezeigt, auf...

Ein Mann, der eine Art von Selbstenen geführt und...

Kleines Feuilleton

Ein Märtyrer unter den Indianern

Ein Mann, der eine Art von Selbstenen geführt und...

Die Nacht

In einem Bogenhauser aus dünnen, goldbestäubten...

Die Nacht, die Dächer der Häuser bedeckten dicke Schnees...

Humoristisches

Ein Extremem. Herr A., der einen aus dem Auslande...

Die Brief-Adresse

Frei nach dem Polnischen, von Adolf Burgardt. Der Winter war ungewöhnlich streng...

